



Souveränität bis 2005

Regierungsrat legt UN Plan zur Machtübergabe im Irak vor



Bagdad (AP/AFP) – Der Regierungsrat in Bagdad hat dem UN-Sicherheitsrat einen mit den USA abgestimmten Plan für die Machtübergabe im Irak vorgelegt. Demnach soll bereits bis Ende Mai 2004 eine Übergangsversammlung gebildet werden, in der sämtliche Ethnien und Religionsgemeinschaften des Irak repräsentiert sind. Bis Ende Juni soll eine provisorische Regierung die politische Verantwortung für das Land übernehmen und allgemeine Wahlen bis Ende 2005 vorbereiten.

In dem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan spricht sich der Regierungsrat für eine „aktive Beteiligung der Vereinten Nationen am politischen Prozess und der Entwicklung im Irak“ aus. Erster Schritt soll der Entwurf für ein Grundgesetz bis Ende Februar sein. Darin sollen die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Religionsfreiheit verankert werden. Die Mitglieder des Sicherheitsrates haben bereits informelle Gespräche über eine zweite Nachkriegsresolution aufgenommen.

Nach Angaben des US-Zivilverwalters Paul Bremer hat sich die Sicherheitslage im Irak verändert: „Früher waren Angriffe auf die Koalition vorherrschend. Jetzt sind Terroranschläge auf Iraker die Regel.“ Bremer sagte, den Aufständischen sei es nicht gelungen, die Moral der Koalitionstruppen zu brechen. Nun versuchten sie, „unschuldige Iraker“ einzuschüchtern. Inzwischen würden sogar mehr Iraker als ausländische Soldaten getötet, sagte Bremer. Man müsse damit rechnen, dass die Widerstandskämpfer in den kommenden Monaten auch „Institutionen der Demokratie“ im Land angriffen, um den politischen Prozess zu stören.

Das amerikanische Außenministerium verteidigte die Schließung des Büros des arabischen Fernsehsenders el-Arabija in Bagdad. Es müsse verhindert werden, dass solche Medien als „Kanal für Aufhetzung“ genutzt würden, sagte der Ministeriumssprecher Richard Boucher. Die Schließung war mit der Ausstrahlung eines Tonbands begründet worden, auf dem Ex-Präsident Saddam Hussein zum Widerstand aufgerufen hatte. Der irakische Regierungsrat sollte besser eine unabhängige Medienaufsicht einrichten, anstatt Journalisten an ihrer Arbeit zu hindern, kritisierte die Organisation Reporter ohne Grenzen.

[drucken](#) ☰

[Fenster schließen](#) ☰